

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

15.4.1866 (No. 89)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 13. April.

N. 89.

Vorausbezahlung halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Amtlicher Theil.

Dienstnachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mit höchster Entschliessung vom 13. d. M. gnädigt geruht: dem Privatdozenten Dr. Julius Arnold in Heidelberg, unter Ernennung zum außerordentlichen Professor, die Lehrkanzel für pathologische Anatomie an der Universität Heidelberg,

dem groß. sächsischen Schulrath und Honorarprofessor der Pädagogik an der Universität Jena, Dr. Karl Volkmar Stoh, unter Verleihung des Titels Professor den Lehrstuhl der Pädagogik an der gleichen Universität zu übertragen;

ferner mit höchster Entschliessung vom gleichen Tag:

den evangelischen Pfarrer Hermann Strübe zu Unter- schloß zum Kreisrath für den Schulkreis Mannheim-Heidelberg mit dem Wohnsitz in Heidelberg zu ernennen; endlich

den Bezirksarzt, Medizinalrath Dr. Fuchlin in Baden auf sein unterthänigstes Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand zu versetzen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigt bewogen, dem

unter dem 9. April d. J.

den Registraturassistenten Albert Zäger bei der Zoll- direktoren zum Registratur bei dieser Stelle zu ernennen;

den Professor Dr. Winnefeld an dem Gymnasium zu Donaueschingen an das Lyceum in Konstanz zu versetzen;

den außerordentlichen Professor der Medizin an der Uni- versität Heidelberg, Dr. Heinrich Alexander Pagenstecher, zum ordentlichen Professor zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† **Wien, 13. Apr.**, Abends. Die offizielle „Wiener Abendpost“ ist gleichfalls der Ansicht der „Bayer. Ztg.“, daß gegenüber dem neuesten Schritt Preußens, nämlich dem Bundesreform-Vorschlag, Reserve geboten ist. „Vor Allem — sagt sie — ist nun abzuwarten, mit welchem positiven Vorschlag Preußen hervortreten wird. Mag man immerhin an der Aufrichtigkeit seiner Intentionen zweifeln und in den Liberalismus, welcher die Grundlage seiner deutschen Politik geworden sein soll, um so größeres Mißtrauen setzen, als sich die Wandlung etwas rasch und unmotiviert vollzogen haben dürfte; mag man endlich das Vorgehen Preußens, welches nun mit einem einseitigen Vorschlag hervortritt, nachdem es 1863 gelegentlich der Reformfrage den Mangel einer vorhergehenden österreichisch-preussischen Verständigung nicht lebhaft genug „beflagelt“ konnte, als ein keineswegs konsequentes ansehen; das Reformbedürfnis ist in Deutschland ein so dringendes und die Nothwendigkeit einer zeitgemäßen Bundesorganisation so allgemein anerkannt, daß die Bestrebung in dieser Richtung an sich gewiß nur auf Zustimmung rechnen kann. Dessenungeachtet ist heute wie vor drei Jahren fest entschlossen, jeder Reform, die der wahren Grundlage des gesamtdeutschen Staatslebens und dem nationalen und freiherrlichen Bedürfnis entspricht, seine Unterstützung zu verweigern, und kann in diesem Entschluß, für den es bereits werththätig eingetreten, nicht etwa dadurch beirrt werden, daß der Vorschlag von einer Seite ausgeht, von der man wenigstens eine Reform in diesem Sinn von vornherein nicht erwartet hat. Das preussische Projekt wendet sich an die Regierungen und will eine Feststellung einer Vorlage, welche im Namen der Regierungen der Gesammtheit der Volksvertretung zur Prüfung dargeboten werden kann. Dazu ist eben ein positives, konkretes Programm Preußens notwendig, und es wäre im Interesse Gesamtdeutschlands nur wünschenswerth, daß dieses Programm, indem und weil es den wahren nationalen Wünschen und Aufgaben entspräche, zugleich die Zustimmung der deutschen Regierungen für sich haben könnte. Irren wir nicht, so wird das preussische Kabinet bei dem Wunsche nach einer solchen Gesamtreform aus „dem endlosen Material“ zur deutschen Frage mit Glück einige Sätze der Reformfrage herausgreifen können. Mag auch Manches in dieser Akte seither durch die Ereignisse überholt worden sein, insbesondere die Schleswig-holsteinische Frage manche Verhältnisse in eine andere Entwicklung gedrängt haben: die dort aufgestellten Grundsätze haben in der That zu einer Verständigung geführt, die für eine vollständige Einigung von mehr als vorübergehender Bedeutung werden könnte. Allerdings wäre dazu Aufrichtigkeit und wirklich guter Wille notwendig. Der preussische Vorschlag wird zeigen, ob und inwieweit die Besorgnisse ungegründet sind, welche dem Berliner Kabinet gerade in Bezug auf diese Vorbedingungen fast ausnahmslos im außerpreussischen und wohl auch im preussischen Deutschland entgegengehalten werden. Dafür, daß diese Besorgnisse bestehen und durch die Rhetorik der ministeriellen preussischen Blätter nicht abgeschwächt werden, bedarf es fast keines Beweises.“

† **Wien, 14. Apr.** Der russische General Richter hat den Orden der Eisernen Krone I. Klasse erhalten

New-York, 4. Apr. (Per Australasian.) (W. T. V.) Präsident Johnson erließ eine Proklamation, darin erklärend, daß die Insurrektion im Norden und Süden nun als beendet anzusehen sei. In der Einleitung sagt derselbe, der Süden habe neue Beweise aufrichtiger Anhänglichkeit an die Union gegeben, die Verfassung bedingte Gleichheit des Nordens und Südens. Der Finanzausschuß des Senats genehmigte die Finanzbill. Die Staatsschuld war am 1. d. Mts. 2827 Millionen, die Schatzkassabill. weiset 22 Millionen nach.

Solbagio 128, Weichsel 137, Bonds 104 1/2, Baumwolle 39-40.

Badischer Landtag.

† **Karlsruhe, 14. Apr.** 23. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Ihre Excell. die HH. Staatsminister Dr. Stadel und Frhr. v. Edelsheim. Nach Eröffnung der Sitzung zeigt das Sekretariat die eingekommenen Petitionen an.

Die Tagesordnung führt zur Begründung der Interpellation des Abg. Knies, die Stellung der groß. Regierung zu dem am Bund durch Preußen gestellten Antrag zur Reform der deutschen Bundesverfassung betr.

Auf die dahin gehende Anfrage erklärt

Staatsminister Frhr. v. Edelsheim: Seit lange gehören — wie bekannt — die Sympathien und Wünsche der groß. Regierung einer nationalen Entwicklung auf parlamentarischem Wege.

Ein Betreten dieses Weges wird daher von ihrer Seite gewiß niemals Schwierigkeiten begegnen, sondern im Gegentheil stets auf ihre Unterstützung rechnen können.

Was insbesondere den jetzt am Bund gestellten Antrag betrifft, so wird die groß. Regierung demgemäß für dessen Inbetrachtung und somit Verweisung an einen besondern Ausschuss stimmen.

Wehr zu sagen, ist, wie die hohe Kammer begreifen wird, die groß. Regierung beimalen, wo über das eigentliche Wesen des preussischen Antrags noch jede nähere Kenntniß fehlt, nicht in der Lage.

Nach einer Gegenäußerung des Interpellanten, die übrigens in keinem Gegensatz zur Erklärung der Regierung steht, stellt der Interpellant an die Kammer den Antrag: der groß. Regierung gegenüber das Ersuchen auszusprechen:

„Diese wolle für die Herstellung der in Folge des Antrags der preussischen Regierung vom 9. Apr. zur konstituierenden Mitwirkung bei einer Reform der Bundesverfassung einzuberufenden deutschen Volksvertretung thätigste besorgt sein.“

In der hierauf folgenden Debatte, an welcher sich außer dem Interpellanten betheiligen die Abgg. Eschard, Decker, Kirsner, Prestinari, v. Feder, v. Roggenbach, Hufschmied, Kopper, Pagenstecher, Mell, Schaaff, Kusel, Gerwig, Röhrl, Kiefer, Beck und Tritschler, prägen sich verschiedene Auffassungen mehr oder weniger scharf aus; alle Redner äußern ihre Zufriedenheit und Anerkennung gegenüber der Regierungserklärung.

Der Abg. Kusel bezeichnet als den Kern der Debatte: die ganze Kammer sei in der Hauptsache einig, nämlich darüber, daß die gegenwärtige Bundesverfassung der Reform dringend bedürftig, daß eine befriedigende Reform aber nur unter Mitwirkung einer Vertretung des deutschen Volks möglich sei; daß zwar an die Beantragung der preussischen Regierung hierfür anzuknüpfen sei, wenngleich man an dem Ernst der derselben zu Grund liegenden Absichten zweifle.

Der Standpunkt des Nichtablehnens sei richtiger, als der der Annahme und die jetzige Situation aber ganz besonders dazu angethan, eine befriedigende Lösung der Reformfrage in Aussicht zu stellen.

Das Haus habe sich nicht darüber auszusprechen, was von dem preussischen Antrag zu erwarten sei, sondern nur einfach dem Antrag des Abg. Knies beizutreten.

Am Schluß der Diskussion erklärten alle anwesenden Kammermitglieder, mit Ausnahme der Abgg. Prestinari, Röhrl und Haager, durch Aufstehen ihre Zustimmung.

Die Sitzung dauerte von 10 Uhr Morgens bis gegen 3 Uhr Mittags.

Ausführlicher Bericht folgt.

† **Karlsruhe, 14. Apr.** Die heute nicht abgehaltene 8. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer findet mit gleicher Tagesordnung statt: Montag den 16. d. Mts., Morgens 10 Uhr.

† **Karlsruhe, 14. Apr.** 24. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 17. April, Vormittags 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts des Abg. Knies über den Gesetzentwurf, die Abänderung des Konfiskationsgesetzes in Bezug auf das Einstandsweisen betreffend.“

Deutschland

Karlsruhe, 14. Apr. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 21 enthält (außer Personennachrichten):

I. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachung der groß. Ministerien der Justiz und des Innern: Die Aufnahme und Ausbildung der Aktuariatskandidaten und der Aktuare für die Bezirksämter und Amtsgerichte betreffend. 2) Bekanntmachung des groß. Ministeriums des Innern. Den Staatsvertrag vom 7. Februar 1865 über die Pafz- und Fremdenpolizei betreffend. Dem Staatsvertrag vom 7. Febr. 1865 ist unter dem 10. v. M. die herzogl. sachsen-weimaring'sche Regierung beigetreten.

II. Todesfälle. Gestorben sind: Am 26. Jan. d. J. der pensionirte Rechnungsrath, Stiftungsrevisor Amling in Mannheim. Am 23. v. M. der pensionirte Regierungskanzlist G. F. Huband in Mannheim.

München, 13. Apr. (W. T. V.) Der württembergische Staatsminister des Innern, Frhr. v. Arnbüler, ist heute hier eingetroffen, um mit dem Frhr. v. d. Pforden, besonders über die Bundesreform-Frage, zu konferiren.

Berlin, 12. Apr. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: „Ueber die preussischen Pläne wegen der Bundesreform orientirt die Thatsache, daß die Absicht, damit so wie mit dem Antrag auf die Berufung des Parlaments vorzugehen, schon vor einigen Wochen den größeren auswärtigen Höfen von preussischer Seite in allgemeinen Zügen, aber positiv angegeben war. So wird von unbestimmter Seite zuverlässig versichert. Ueber die preussischen Vorschläge sind mehrere Angaben in den Blättern verbreitet, die sich als verfrüht erweisen dürften. Die Vorschläge sollen noch nicht formulirt sein. Die allgemeine Richtung ist indessen aus den früheren preussischen Reformanträgen genugsam bekannt, und sie wird in erster Linie föderalistisch sein, gerichtet auf die Herstellung eines weitem Bundes, welcher vor Allem die drei militärisch organisirten Gruppen Norddeutschlands unter Preußens Oberleitung, Süddeutschlands, das sich an Bayern anlehnen würde, und Oesterreichs umfassen sollte. Innerhalb dieses weitem Bundes würde sich in der fernern Entwicklung, ein enger in unionistischer Richtung, namentlich für Norddeutschland, entwickeln. Es wäre dies mit einigen Abänderungen der früheren, aus den Jahren 1849 und 1850 bekannte Entwurf, der außerordentliche Geheimnisse nicht enthalten, zu successiven Enthüllungen geringe Handhabe bieten dürfte. Daß jetzt in erster Linie die militärische Reform, der Anschluß der norddeutschen Kontingente an die preussische Armee mit den anderen bezeichneten Folgerungen, und weiterhin als thatsächliche Konsequenz die politische Vertretung Norddeutschlands nach außen hin durch Preußen in Aussicht genommen ist, liegt zu Tage. Damit wird sich auch wahrscheinlich das Gerücht erledigen, als ob der sogenannte Verfassungsentwurf für Deutschland sehr konservativen Händen anvertraut wäre. Der Entwurf dürfte, wie gesagt, nach Allem, was man hört, wenn er hervortritt, keine überaus großen Ueberraschungen bereiten.“

Berlin, 13. Apr. Der „Nordb. Allg. Ztg.“ zufolge ist die preussische Antwort auf die letzte diplomatische Klage gegen Oesterreichs noch nicht erfolgt. Tagegen hört das genannte Blatt, daß bereits mehrere deutsche Regierungen mündlich über den Antrag Preußens auf Einberufung eines deutschen Parlaments und Berathung über Bundesreform sich beifällig geäußert haben.

Die „Kreuz-Ztg.“ sagt in einem Leitartikel über den preussischen Reformantrag:

Die Prüfung, welche wir anzustellen haben, wird wesentlich darin bestehen, festzustellen: ob der preussische Vorschlag bei richtiger Behandlung ein günstigeres Resultat in Aussicht stellt, und ob derselbe sich auch auf derjenigen Grundlage bewegt, welche eine monarchische und konservative Regierung niemals verlassen darf.

Beginnen wir mit der prinzipiellen, als der wichtigeren Seite, so sind es — nach unsern bisherigen Wahrnehmungen — wesentlich zwei Punkte, welche im Schoß der konservativen Partei überhand nehmen und da sogar Anstoß erregt haben. Nämlich erstens die Thatsache, daß Preußen überhaupt ein deutsches Parlament in's Leben zu rufen gedenkt, und sodann der Umstand, daß dies deutsche Parlament aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgehen soll.

Gewiß würde es einer großen und einsichtigen Partei nicht wohl anstehen, den Gedanken eines „deutschen Parlaments“ leblich um bekümmern zu verhorreskiren, weil ihr der Name nicht gefällt, — oder weil sie mit dem Wort „Parlament“ den Beischnack des „Parlamentarismus“ untrennbar verbindet.

Wir meinen, daß die jetzige preussische Regierung bisher nirgends der Beförderung Nahrung gegeben hat, als gedächte sie dem konstitutionellen Schematismus und Parlamentarismus unflathhafte Konzeptionen zu machen.

Auf der andern Seite freilich scheint die Regierung sich ebenso von allen absolutistischen Illusionen fern zu halten und ihrer deutschen Aktion recht eigentlich die Anbahnung zum Grund zu legen, daß die Staaten der Gegenwart einer Volksvertretung nicht wohl entbehren können, und daß es daher die wesentlichste Aufgabe einer wahrhaft konservativen Regierung ist, eine wirkliche, alles revolutionären Bei-

welt entleerte Vertretung nicht einer einzelnen, privilegierten Klasse, sondern des gesammten Volkes zu schaffen.

Es ist dies ein Grundgesetz, das nicht bloß für Preußen, sondern mit demselben Rechte und in demselben Maße auch für Deutschland gilt. Und so wäre das allerdings unverständlich, wie man für Preußen die Notwendigkeit eines verfassungsmäßigen Königthums festhalten, gleichzeitig aber den Gedanken einer deutschen Volkvertretung ohne Weiteres als eine „revolutionäre Maßregel“ verworfen wollte.

Berlin, 14. Apr. (Sch. M.) Es wird auffallend gefunden, daß Bleichröder, ein intimer Anhänger Bismarck's, das einzige Kaufmannschafts-Mitglied ist, welches die Friedenspetition nicht unterzeichnet hat. — Die „Zeidler. Korresp.“ bezeichnet die Friedenspetition als ungeeignet zur Vorlage an den König.

Wien, 11. Apr. Die halbamtliche „Wien. Abendpost“ bemerkt in Betreff des preussischen Antrags am Bundestag auf Einberufung eines Parlaments:

Der neueste Schritt der preussischen Regierung ist von der ministeriellen preussischen Presse schon seit längerer Zeit angekündigt worden und er entspricht ganz genau den Angaben der betreffenden Blätter. Insofern hat er nichts Ueberraschendes und man darf sogar heute schon mit einigem Recht von dem Einbruch sprechen, den er im außerpreussischen Deutschland hervorgerufen. Es wird wohl kaum in Abrede gestellt werden können, daß dieser Eindruck trotz der populären Sympathien, die dem deutschen Parlament entgegengebracht werden, kein sehr günstiger ist. Die prononzierte Stellung, welche das preussische Kabinett in den innern Verfassungsfragen eingenommen, konnte nicht verschleiern, weitgehende Zweifel an der Aufrichtigkeit des Vorschlags, der von ihm ausgegangen, wachzurufen, und selbst Blätter, welche einer prinzipiellen Abneigung gegen die preussische Politik nicht beschuldigt werden können, wie die „Deutsch. Allg. Ztg.“, die „Hamburg. Nachr.“, haben mit einer gewissen Vorliebe den Gedanken angedeutet, daß es Preußen im Wesentlichen auf einen diplomatischen Schwanz in der schwedischen Frage ankomme, daß es speziell preussische, keineswegs nationale und noch viel weniger liberale Gesichtspunkte seien, von welchen aus das Berliner Kabinett seinen Bundesantrag zu stellen gedenke. Darin wird besonders lebhaft betont, daß jede Vermengung der eigentlich brennenden Tagesfrage, der schleswig-holsteinischen, mit andern Fragen die Lösung im nationalen Sinn erschwere, während diese Lösung selbst eben keinen Aufschub mehr dulde. Ohne Zweifel werden diese Bedenken noch weit schärfer gefaßt werden, wenn die Grundlagen des preussischen Projekts eine greifbare Gestalt werden angenommen haben. Das wenigstens, was jetzt bereits (in der „Wien. Ztg.“ nämlich) über diese Grundlagen verlautet, scheint uns ganz dazu angethan, den Widerspruch nicht bloß Oesterreichs herauszufordern.

Wien, 12. Apr. Die Bundesreform im Prinzip wird man hier sicher nicht bekämpfen, und wenn der preussische Antrag, was wir übrigens nicht behaupten wollen, aus einer solchen Berechnung hervorgegangen sein sollte, so würde die Enttäuschung nicht auf sich warten lassen; es ist vielmehr sogar noch sehr die Frage, ob Oesterreich an seinem frühern Vorschlag, die Volkvertretung am Bunde aus den Vertretungen der einzelnen Staaten zu konstituieren, unbedingt festhalten wird, oder ob es sich nicht entschließt, das von Preußen vorangestellte Prinzip der direkten Wahlen ohne Weiteres zu acceptiren. Nur das Eine dürfte es als unerlässlich erachten und sich dafür, wie es scheint, schon jetzt der Zustimmung einer Reihe der größeren Bundesregierungen versichert haben, daß zuerst und vor allen Dingen eine Verständigung der Regierung sowohl über jenen Wahlmodus, als über die Formulierung derjenigen Vorlage herbeigeführt werden müsse, welche die Bundesreform in Fleisch und Blut zu kleiden bestimmt ist. Den vagen Gedanken einer Reform in's deutsche Volk hinauszuschleudern, ohne daß man die Ziele derselben und die Wege dazu zu übersehen im Stande, ein deutsches Parlament zu proklamiren, ohne daß man sich über seine Zusammensetzung und seine Befugnisse klar geworden, das hält man hier für eben so gefährlich als nutzlos, das würde, so meint man, entweder zu einer konstituierenden Versammlung im schärfsten Sinne des Wortes, oder zu einer parlamentarischen Spielerei führen.

Wien, 13. Apr. (A. Z.) Die Bundesregierungen (alle?) sind darüber einig: dem Beginn der Beratungen über den Parlamentsantrag müsse eine Einigung über den dem Parlament vorzulegenden Bundesreform-Entwurf vorgehen. An der heutigen Abendbörse dauerte die Panik fort. Kreditaktien wichen auf 127 1/2.

Triest, 12. Apr. Die nach den türkisch-griechischen Gewässern entsandte königl. preussische Korvette „Nymph“, remorquirt von dem sie begleitenden Kanonenboot, wurde am 10. d. westlich von Kap Matapan gesehen.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 13. Apr. (W. T. Z.) Zwei Statthalterchaftsmitglieder sind nach Jassy gereist, woselbst Demonstrationen gegen die Union, jedoch ohne große Bedeutung, stattgefunden haben. Das Bakowia ward in den Fürstenthümern aufgehoben. Die Ermüthler Grigolesco, Floresco, Balanesco und Caragiobi sind von der Regierung in Anklagestand versetzt worden. Die Statthalterchaft und das Ministerium haben heute Plakate an den Straßenecken angeschlossen, worin der Prinz Karl Ludwig von Hohenzollern zum Fürsten Rumänien's unter dem Namen Karl I. vorgeschlagen wird. Es geht das Gerücht, daß dieser Prinz nächstens ankomme, um sich zu präsentiren. Die Bevölkerung scheint zufrieden.

Italien.

Die Italiener sind voll Bewunderung über die Bistartigkeit der deutschen Revolutionen. „Das Jahrhundert, in dem wir leben, ist der Wunder voll!“ ruft die „Italie“ aus und meint, Hr. v. Bismarck sei der Mann, heroische Kuren zu wagen. Dies hält jedoch die „Italie“ nicht ab, den italienischen Hitzköpfen Geduld zu predigen; denn wenn es zu Thaten komme, was noch sehr zweifelhaft, so sei noch immer Zeit genug, Partei zu ergreifen. General Cialdini befindet sich noch in Florenz; aber das Ergebnis des letzten Ministerraths läßt sich aus der Berichtigung der

„Gaz. Ufficiale“ schließen, wodurch die Angaben des „Dritto“ über die Effektivstärke der Armee dahin abgeklärt werden, daß die wahre Stärke der Armee am heutigen Tage (9. April) 351,468 Mann betrage, abgesehen von den zweiten Kategorien 1842—43, die zur Verfügung der Regierung stehen, ferner von der zweiten 1844, deren Einübung am 16. April, und von der Aushebung von 1845, welche in kurzem unter den Fahnen stehen wird. Die italienische Regierung macht sich fertig, doch sie bleibt auf der Lauer.

Frankreich.

Paris, 12. Apr. (Köln. Ztg.) An der heutigen Börse herrscht ein panischer Schrecken, ohne daß man eigentlich weiß, wodurch derselbe hervorgerufen worden ist. Von den beunruhigenden Gerüchten führe ich das über Italien an. Italien habe, wie man behauptet, 300,000 Mann unter die Waffen berufen. Dieses Gerücht ist unbegründet. Es läßt sich jedoch nicht läugnen, daß die Lage der Dinge in Italien ernst ist. Bis jetzt weiß man aber nur, daß Truppenmärsche und Rüstungen stattfinden. Die in Neapel erscheinende „Italie“ meldet darüber Folgendes: „Gestern gingen 8 Büge mit Gewehren von Neapel ab. Man sagt, daß dieselben für die Infanterie der Soldaten der 2. Abtheilung bestimmt sind. Man spricht auch von der bevorstehenden Organisation der Depots. Da die gestern von hier abgegangenen Batterien die für den Kriegszug nöthigen Pferde nicht hatten, so nahm man dieselben von den Batterien, die noch bei uns bleiben. Die Batterien bestehen aus sechs Geschützen mit den resp. Munitionswagen, den Reiterverändern und Pferden. Die Konzentration der Truppen zwischen Capua und Neapel währt fort. Alle dort gegenwärtig vereinten Abtheilungen haben Befehl, sich zum Abmarsch bereit zu halten. Die Befehle für die Bewegung der Truppen folgen seit einigen Tagen schnell auf einander. Die Truppen, welche diese Woche abgingen, wurden nicht auf Kriegsschiffen, sondern auf Handelsfahrzeugen eingeschifft. Es scheint beschloffen zu sein, daß alle Truppenbewegungen zur See stattfinden.“ Der „Zindpendente“ (von Neapel) bringt ähnliche Nachrichten. Ihm zufolge haben alle Transportschiffe Befehl erhalten, sich zur Einschiffung von Truppen bereit zu halten.

Großbritannien.

London, 13. Apr. (Köln. Ztg.) Bei der Wiedereröffnung der Reformdebatte im Unterhause zeigte sich ungeheure Theilnahme; Gänge und Vorhallen waren gedrängt voll. Gladstone wurde allenthalben mit lebhaftem Beifall begrüßt. Er beantragte die zweite Lesung des Reformentwurfes in längerer Rede. Earl Grosvenor stellte sein Amendement; Lord Stanley sekundirte ihm. Nach Mitternacht wurde die Debatte vertagt.

Oesterreichische Depesche vom 7. April.

Dieselbe lautet nach der „Koburg. Ztg.“: „Erlaß an den k. k. österr. Gesandten Grafen Karolhi in Berlin, d. d. Wien, 7. April 1866.“

Ich überende Ew. im Anschluß eine Abschrift der Note, mittelst welcher der königl. preussische Gesandte Hr. v. Werther im Auftrag seines Hofes die von Ihnen am 31. v. Mts. an den Hrn. Grafen v. Bismarck gerichtete Note beantwortet hat.

Wenn das Kabinett von Berlin in jener Note beharrt, die angeleglichen Rüstungen Oesterreichs als die Ursache der entstandenen Kriegsbedrohungen darzustellen, so zweifeln wir in der That, ob der Charakter der Worte, welche von einer Verhandlung zwischen zwei großen Mächten ungetrenntlich sein soll, uns erlaube, diese Behauptung nochmals ausdrücklich zu widerlegen. Wir berufen uns ruhig auf das Urtheil der Welt über den Versuch, Oesterreich offenkundig zu beschuldigen. Wäre die Note des Hrn. v. Werther im Recht, so müßte Europa während der letzten Monate in schwerem Traum befangen gewesen sein. Daß man in Preußen laut davon sprach, die Annexion der Herzogthümer müsse mit Güte oder mit Gewalt vollzogen werden, — daß am 26. Jan. eine Depesche des Grafen Bismarck nach Wien abging, welche in allen preussischen Regierungsorganen geflüstert als der Vorbote des Bruchs bezeichnet wurde, — daß nach unserer ablehnenden Antwort außerordentliche Staatsberatungen unter Zuziehung hoher Militärs in Berlin stattfanden, — daß Maßregeln zur Vorbereitung einer Mobilisirungsordre getroffen wurden, — daß Preußens erster Minister die Unvermeidlichkeit eines Kriegs betonte, — daß er am 16. März die offene Frage Ew., ob Preußen die Gasteiner Konvention gewaltsam zu lösen beabsichtige, mit einem Nein beantwortete, welches er selbst für werthlos und nichtig erklärte, — daß Preußen mit dem Florentiner Hof über die Eventualität eines Kriegs gegen Oesterreich unterhandelte, — dieses Alles müßte eitel Sinnentäußerung gewesen sein, und der Wirklichkeit müßten nur jene drohenden Oesterreichischen Heeresmassen angedehnt, welche sich seit dem 13. März — es ist das preussische Kabinett selbst, welches dieses Datum ansührt, — gegen die preussische Grenze bewegt haben sollen!

Aber die Dinge sind vor Aller Augen anders verlaufen, und sie sehen noch heute anders.

Auf ausdrücklichen Befehl Sr. Maj. des Kaisers wiederhole ich hiermit die bestimmte Erklärung, daß in Oesterreich noch bis zum heutigen Tag keine der Verfügungen getroffen worden ist, welche nach unserer Heeresorganisation die Eröffnung eines großen Kriegs vorbereiten müßten. Es ist insbesondere keine irgend erhebliche Truppenkonzentration, geschweige eine Aufstellung an der Grenze angeordnet worden, kein ungewöhnlicher Ankauf von Pferden, keine Einberufung von Uraubern in nennenswerthem Umfang hat stattgefunden. Ja der Kaiser, unser allergn. Herr, ist in seiner Zuversicht so weit gegangen, daß Sr. Maj. mich ermächtigt hat, von denjenigen Dislokationen, welche in Wahrheit vorgenommen worden sind, dem k. preussischen Gesandten ohne Rückhalt Mittheilung zu machen. Mit der vollen Autorität hat daher Hr. v. Werther gegründete Nachrichten über die diesseitigen militärischen Maßregeln nach Berlin melden können. Die übrigen, aus welchen man den Alarmruf der Ansammlung einer Armee an der Nordgrenze Oesterreichs gemacht hat, muß ich mit größter Entschiedenheit, wie ich es bereits wiederholt mündlich gegenüber dem Hrn. v. Werther gethan, für wahrheitswidrig erklären. Jede Diskussion über die Priorität militärischer Vor-

kehrungen in Oesterreich oder in Preußen ist endlich vollkommen überflüssig gemacht worden durch das Wort des Kaisers, welches dafür, daß Oesterreich keinen Angriff im Sinn habe, mittelst der Note vom 31. März klar und bündig verstanden worden ist.

Eine analoge Versicherung, eben so klar und bündig im Namen Sr. Maj. des Königs Wilhelm ertheilt, bedingt von selbst die beiderseitige Einstellung jeder weitem Maßregel von kriegerischer Bedeutung.

Eine solche Versicherung haben wir deshalb zu erhalten gewünscht, und heute liegt wirklich, in Erwiderung auf die erwähnte Note, dem kaiserl. Hofe die förmliche Erklärung vor, daß den Absichten Sr. Maj. des Königs nichts fernere liege, als ein Angriffskrieg gegen Oesterreich.

Der Kaiser, unser allergnädigster Herr, hat auf diese Erklärung geantwortet. Sr. Maj. nimmt dieselbe mit Vertrauen an.

Ein Grund zu weiteren Rüstungen liegt sonach nicht mehr vor, und da in Oesterreich, wie ich im Vorstehenden erwähnt habe, keine Kriegsvorbereitungen im Gange sind, so müssen wir nunmehr der — in der Note des k. preussischen Gesandten mit Bedauern von uns vernommenen Nachricht entgegensehen, daß die in Preußen am 23. v. M. erlassenen Mobilisirungsordre unausgeführt bleiben werde. Um eine beruhigende Mittheilung hierüber wollen Ew. unverweilt, da das kais. Kabinett nach dem stattgehabten Notenaustausch nicht ohne schwere Verantwortlichkeit gegen eine längere Fortsetzung der Rüstungen Preußens gleichgiltig bleiben könnte, den königl. Hrn. Ministerpräsidenten, welchem Sie die gegenwärtige Depesche in Händen lassen wollen, ersuchen, und uns von dem Erfolg Ihres Schrittes durch den Telegraphen Anzeige erstatten.

Empfangen zc. zc. zc.

Sächsische Depesche.

Dresden, 13. Apr. Das „Dresden. Journ.“ veröffentlicht die Depesche vom 6. April, mit welcher Hr. v. Beust das preussische Rundschreiben vom 24. März beantwortet hat. Im Eingang dieses sehr umfassenden Aktenstückes wird darauf hingewiesen, daß die Differenzen zwischen Preußen und Oesterreich aus der Gasteiner Konvention hervorgegangen seien, an welcher der Bund nicht theilhaftig sei; es wird dabei an die Kompetenz des Bundes in Betreff der definitiven Entscheidung erinnert. Was die in der preussischen Depesche bezeichnete Kriegsgefahr betreffe, so werde dieselbe verschwinden, wenn Preußen eben so bestimmt seine friedlichen Absichten kundgebe, als es Oesterreich in seiner Note am 31. März gethan. Von besonderem Interesse ist, was über die Stellung der sächsischen Regierung zu der schon in der preussischen Depesche vom 24. März angelegten Bundesreform gesagt wird. Es heißt in dieser Beziehung:

Die Einrichtungen des Bundes, so wird uns gesagt, können einen ersten Antagonismus zwischen Oesterreich und Preußen nicht ertragen. Sie waren nur haltbar durch ein, Dant der Nachgiebigkeit Preußens, lange Zeit hindurch erreichtes Zusammengehen beider Mächte. Es kommt uns nicht zu, die letztere Betrachtung einer Erörterung zu unterziehen und dabei einen Rückblick auf die nächste Vergangenheit zu werfen. Allein die Frage ist wohl gestattet, wie es möglich sein soll, eine solche Einrichtung zu treffen, welche bei Erhaltung des Bundes den Nachtheilen eines solchen Antagonismus seiner beiden mächtigsten Glieder vorbeugen kann? Wir würden uns wohl Einrichtungen zu denken vermögen, welche dieser bedauerlichen Eventualität besser als die jetzigen begegnen könnten; wir halten jedoch mit diesem Gedanken zurück, da auch der Erlaß der k. preussischen Regierung sich über Das, was geschehen soll, nicht ausdrückt. Aber keine Art der Bundesreform wird die Möglichkeit jenes Antagonismus und dessen nachtheilige Folgen ganz ausschließen können, so lange beide Mächte eine vereinte Aufgabe in Deutschland vor sich haben; und der Gedanke, jeder derselben etwa eine gesonderte Sphäre des Machtinflusses zuzuwiesen, müßte gerade durch diejenigen letzteren Erfahrungen zurückgedrängt werden, welche zu den uns kundgegebenen Zwifligkeiten und zu dem uns vorliegenden Erlaß der k. preussischen Regierung den nächsten Anlaß gegeben haben.

So wenig wir auch die Mängel der bestehenden Bundesverfassung verkennen, so vermögen wir doch einem so verdamnenden Urtheil, wie der Erlaß vom 24. März es ausdrückt, nicht beizupflichten. Wir sind der Meinung, daß die gemachten Erfahrungen bei einem solchen Urtheil schwerer ins Gewicht fallen müssen, als Voraussetzungen und Beforgnisse, mögen diese noch so sehr einer aufrichtigen Uebersetzung entspringen. Wenn wir daher auch gern zugestehen, daß das Bundes-Militärwesen mit Rücksicht auf die Sicherheit Deutschlands noch mehrerer Verbesserungen fähig sei, so dürfen wir doch andererseits nicht vergeßen, daß die Sicherheit Deutschlands seit dem Bestehen des Deutschen Bundes noch nie gefährdet worden ist, in einem Zeitraum von mehr als 50 Jahren, binnen welchem rings umher Umwälzungen und Kriegereignisse eintraten. Und Preußen, so dürfen wir fragen, hat wohl gerade Preußen Ursache, durch die Bundesverfassung in militärischer Beziehung sich beschwert zu finden? Kann wohl die ausgesprochene Voraussetzung, „Preußen werde bei jedem Angriff, sei es von Oesterreich, sei es von anderen Mächten, immer zunächst auf seine eigene Kraft angewiesen sein“, eine geschichtlich begründete genannt werden? Wo sind die Erfahrungen, die dafür zeugen? Der drohende innere Konflikt des Jahres 1850 kann hier nicht als Beleg angeführt werden, denn damals war ja eben jene mangelhafte Bundesverfassung von einem Theile der Bundesgenossen außer Wirksamkeit gesetzt, und Preußen konnte nicht für sich die Wohlthaten einer Bundesverfassung erwarten, die es selbst augenblicklich nicht mehr anerkannte. Aber so oft für Preußen vom Ausland her Bedrohungen in Aussicht standen, hat seine Regierung wohl je Ursache gehabt, über die Haltung des Bundes zu klagen? War nicht Alles bereit, Preußen zu unterstützen, als im Jahr 1840 die Rheingrenze und die Rheinlande bedroht erschienen? War der Bund nicht im besten Vernehmen mit Preußen während des orientalischen Kriegs? War der Bund nicht zur Verfügung Preußens, als dieses während des italienischen Kriegs sich ansetzte, aktiv einzutreten? Und hätte der von Oesterreich und Preußen gegen Dänemark geführte Krieg zu einer Einmischung der großen Mächte geführt, legt wohl irgend Jemand einen Zweifel, daß dann der Bund mit Ausbietung aller Kräfte eingetreten sein würde zur Unterstützung der beiden deutschen Mächte, die ja einen nationalen Krieg unternommen, und ihn ja für die Rechte des Bundes zu unternehmen erklärt hatten!

Es wird dann nochmals hervorgehoben, daß die andern deutschen Staaten in Betreff der auswärtigen Politik sich keineswegs einer so freien Bewegung erfreuten, wie die beiden Großmächte, und daß daher die gegenwärtige Bundesverfassung

sung gerade die letzteren begünstigt, während zu ihrem Vortheil die andern Staaten belastet würden. Es heißt weiter:

Wenn der Erlaß vom 24. März uns daran erinnert, daß das Interesse Deutschlands und Preußens identisch sei, so wird gewiß keine deutsche Regierung dieser Auffassung widersprechen.

Wenn er ferner die Lage Preußens als eine gefährdete bezeichnet, sofern es nicht Deutschlands sicher sei, so dürfen wir aus dieser Aeußerung die beruhigende Ueberzeugung schöpfen, daß Preußen die Bedeutung Deutschlands für sich selbst in gleicher Weise anerkennt, als umgekehrt Deutschland das gleiche Gefühl in Bezug auf Preußen empfindet. Diese Gewißheit verhindert uns auch, mit ernstem Nachdenken uns solchen Möglichkeiten zuzuwenden, wie die der „gebrochenen Kraft Preußens“ und „des Schicksals von Polen“.

Die k. sächsische Regierung hat das Bedürfnis einer zeitgemäßen Umgestaltung der Bundesverfassung wiederholt anerkannt und Versuchen, die zu diesem Zweck geschehen, sich eifrig angeschlossen. Die k. sächsische Regierung wird auch ferner sich einer gemeinsamen Beratung und Förderung dieser wichtigen Frage nicht entziehen. Allein wir halten es für Pflicht, die Ueberzeugung hier nochmals laut werden zu lassen, die ich gegen Hr. v. der Schulenburg auf seine erste Mittheilung ausgesprochen. Der Augenblick des häuslichen Zwistes ist nicht der, wo die Familie ein neues Haus baut. Man gelangt dann rasch zum Einreißen des alten, aber nicht zum Aufbauen des neuen Hauses. Stände Deutschland einem Krieg mit dem Ausland gegenüber, dann allerdings könnte man hoffen, daß das Gefühl der gemeinsamen Gefahr und das Gefühl der gemeinsamen Pflicht allen Hader zurückdrängen und unter dem Druck des Augenblicks etwas Lebensfähiges erzeugen werde. Aber Zustände, die einen inneren Krieg heraus zu beschwören drohen, geben dieser Hoffnung keinen Raum. Diese Zustände können die Gegenseite unter den Regierungen und den Parteien nur verschärfen und unter einem gewaltsamen Druck zu Entwicklungen führen, die auch von Seiten der Mächtigen sich im Voraus nicht berechnen und noch weniger beherrschen lassen.

Wir würden uns jedoch laut dagegen verwahren, wollte dieser Aeußerung die Absicht untergelegt werden, der Frage der Bundesreform auszuweichen. Wir sprechen damit eine wohlmeinende Warnung aus. Wird sie nicht beachtet, so werden wir in die Beratung und Behandlung der Frage mit ruhigen Gewissen, aber um so mehr mit dem vollen Nachdruck auch unserer Ueberzeugung und unserer Thätigkeit eintreten.

Die jetzige Lage und die Befestigung der Gefahren, welche der Erlaß vom 24. März darin erblickt, erheischen nichts Anderes, als die Anwendung der bestehenden Gesetze des Bundes, welche dem ernstlich bedrohten Bundesglied die Unterstützung und Verteidigung des Bundes in zweifelsohner Weise gewährleisten. Die Antworten, welche, soviel hier bekannt, in Folge des Erlasses vom 24. März der k. preussischen Regierung zugegangen sind, dürften in der That derselben die volle Beruhigung gegeben haben, daß sämtliche Bundesglieder sich der aus jenen bundesgesetzlichen Bestimmungen für sie erwachsenden Pflichten vollständig bewußt sind und Preußen, wenn es angegriffen würde, auf deren Unterstützung zu rechnen haben werde.

Aus dieser Auffassung der Verhältnisse ergab sich von selbst die Antwort, die ich mündlich Hr. v. d. Schulenburg zu ertheilen in dem Falle war und die ich schriftlich zu wiederholen nicht unterlassen will. Es möge der königl. preussischen Regierung gefallen, sich an den Bund zu wenden, dort wird die königl. sächsische Regierung den Bundesgesetzen gemäß dafür stimmen und darnach handeln, daß dem Angreifer entgegen getreten werde. Dies ist die Erwiderung auf die erste Frage, was von uns zu erwarten sei, falls Preußen von Oesterreich angegriffen werde. Die zweite Frage hingegen, was man von uns zu erwarten, falls Preußen durch unzweideutige Drohung zum Krieg genöthigt werde, ist eine solche, die wir principiell nach den Bestimmungen der Bundesakte nicht als möglich, die aber, sobald sie einmal gestellt worden, wir als eine solche betrachten, die eine einzelne Regierung, dem Bunde vorgehend, gar nicht entscheiden oder beantworten darf.

Gw. z. wollen gegenwärtige Depesche zur Kenntniß der k. preussischen Regierung bringen. O. u. f.

Baden.

Heidelberg, 13. Apr. (R. V. Endb.-Ztg.) Gestern Abend waren ziemlich alle hiesigen Wahlmänner zu einer Beratung zusammengetreten und hat sich die Mehrzahl derselben für die Wahl des Rebalteurs Pfeiffer zum Abgeordneten entschieden. Derselbe soll gewonnen sein, sich, wenn er gewählt wird, in der Kammer keiner der bestehenden Parteien anzuschließen, sondern als „Wilder“ aufzutreten.

Bernische Nachrichten.

Frankfurt, 13. Apr. Am nächsten Sonntag wird Nachmittags 3 Uhr im Saalbau dahier eine Volkversammlung zur Beratung über die gegenwärtige Lage des Vaterlandes stattfinden.

Berlin, 12. Apr. (Verammlung der Berliner Mitglieder des Nationalvereins vom 11. April.) Die in der Tonhalle stattgehabte Versammlung war sowohl von Mitgliefern selbst, als auch von Nichtmitgliedern ungemein zahlreich, im Ganzen von etwa 5000 Personen besucht. Nachdem der Abg. v. Hennig die Versammlung eröffnet und mit dem Abg. Franz Dunder, Edw. Calve und Schulze-Delitzsch, welche zusammen die Einladung erlassen hatten, durch Affirmation zum Vorstand erwählt worden war, leitete Hr. v. Hennig die eigentlichen Verhandlungen durch folgende Ansprache ein:

„Meine Herren! Da der Sinn, der uns heute hier zusammengeführt hat, ein gemeinsamer ist, so müssen Meinungsverschiedenheiten geringerer Natur schweigen. Das Vaterland ist in Gefahr; nicht nur unser eigenes Vaterland, sondern das ganze deutsche Vaterland; es schwebt in der Gefahr, daß deutsche Brudersämme die Waffen gegen einander ergreifen sollen. Es fragt sich, ob diese schwere Gefahr noch abzuwenden ist. Niemand kennt die Zukunft; aber Das wissen wir, daß das drohende Unheil nur dann abgewendet werden kann, wenn die ganze Nation sich einmüthig erhebt und erklärt: Mäße der Zwiespalt der Regierungen auch noch so groß sein, das deutsche Volk wird sich niemals damit einverstanden erklären, daß zwischen Brüdern die Waffen entscheiden. (Bravo!) Ich bin nicht der Ansicht, daß Oesterreich mit seiner überwiegend slavischen und magyarischen Bevölkerung stets als ein Bruder gegen Preußen gehandelt hat; ich bin auch nicht der Ansicht, daß wir Das, was wir zu fordern haben, dadurch erlangen können, daß wir sagen, wir müssen unter allen Umständen Frieden mit Oesterreich halten; wir haben aber die Pflicht, zu erklären, daß es der Beruf der deutschen Nation ist, die Einigkeit unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Wir haben kein spezielles In-

teresse daran, daß der Zustand aufrecht erhalten werde, in welchem zwei Mächte in Deutschland sich gegenseitig fortbauend die Spitze bieten und eine die andere unter das Niveau ihrer eigenen Macht hinabzudrücken suchen. Unser Interesse geht dahin, daß eine Macht in Deutschland erstehen, welche die auseinandergehenden Strömungen der einzelnen Kabinette beherrsche und ausgleiche.“

Hr. Franz Dunder verlas hierauf, mehrfach durch stürmischen Applaus unterbrochen, die bereits mitgetheilte Resolution. Zur Motivierung derselben bemerkte er:

Wir haben schon einmal Veranlassung gehabt, mit einem ähnlich trübem Gefühl wie heute unsere Ansicht auszusprechen, als wir vor dem Beginn des dänischen Kriegs glaubten, daß der Moment gekommen sei, von den Worten zum Gebrauch des Schwertes überzugehen. Damals hatte die öffentliche Meinung in Deutschland die Genugthuung, einen Krieg herbeizuführen und zu einem glorreichen Ende geführt zu sehen, den die Mächte eigentlich nicht wollten; aber das erhebende Gefühl, welches das deutsche Volk hierüber empfinden mußte, wurde getrübt durch das Bewußtsein, daß der Krieg nicht zu dem Ziel geleitet worden, welches das Volk wünschen und herbeiführen mußte. Wenn Preußen damals den Wünschen des Volkes gefolgt wäre, dann würde es nicht den Bundesgenossen gebraucht haben, von dem wir warnend sagten: es wird die Zeit kommen, wo diese Bundesgenossenschaft tief bedauert werden wird, wo sie zum Unheil führt. (Bravo.) Mit einem ähnlichen Gefühl wie das damalige sehen wir heute den Bundesreform-Antrag des Grafen Bismarck vor uns. Auch wir haben stets ein Parlament gewünscht, wir haben gewünscht, daß unsere Regierung in Bezug auf die Nothwendigkeit desselben einmal unserer Ansicht wäre. Jetzt ist dieser Augenblick gekommen. Aber wo ist der Jubel, der im Volk ausbrechen müßte, wenn die Mächtigen erklären, es gibt nur Einen höchsten Richter in Deutschland: die im Parlament vertretene Nation! (Beifall.) Ein Spruchwort sagt, wenn zwei das Gleiche thun, so ist es nicht dasselbe. Noch am 26. Januar d. J. hat derselbe Bund, der jetzt das Bedürfnis nach einem deutschen Parlament auspricht, den österreichischen Ministern aufgefordert, im Verein mit ihm die demokratischen Elemente auszurufen. Derselbe Bund war es, welcher gelegentlich jener Massenversammlung in Altona, wo die Vertreter der deutschen Demokratie sich für die Beratung der schleswig-holsteinischen Stände ausgesprochen, sich in den entscheidendsten Angriffen gegen dieselben vernehmen ließ. Niemand kann also an den Ernst seiner neuesten Vorleser glauben. Auch in der Politik, meine Herren, meine ich, gilt das Wort: „Der Glaube kann Berge versetzen.“ Wer aber nicht in ernster Weise an ein solches Unternehmen herantritt, dem wird es nicht gelingen, auch nur den ersten Stein wegzuschaffen, sondern er wird darüber fallen und daran zerschellen. (Lebhafter Beifall.) Wenn es aber doch gelingen sollte, daß der Parlamentsgedanke durch den Grafen Bismarck in's Leben tritt, dann, hoffe ich, werden auch die deutschen Demokraten, von denen der Gedanke herührt, auf dem Wege sein, und der Graf Bismarck wird ausruhen müssen: „Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los!“ (Bravo.) Lassen Sie mich noch einige Worte darüber sagen, wie wir Preußen nun zur Kriegfrage uns zu stellen haben. Zunächst dieser Man es uns wohl nicht verdenken, wenn wir geneigt wären, gar keine Stellung zu der Frage zu nehmen; denn schon oft haben wir das Sabelgras gehört, und doch später gesehen, wie der Sabel ruhig in der Scheide stunden geblieben ist. Aber die Gefahr ist in der That heute eine größere als sonst. Wir dürfen uns dieser Aufgabe nicht mehr entschlagen, wir müssen zu derselben Stellung nehmen. Auch das preussische Volk weiß: wenn kein anderes Mittel mehr verbleibt, ist ihm das Schwert gegeben; aber nach meiner Meinung ist es noch nicht zu spät, um mit einem Schlag aus den Verwicklungen herauszukommen. Noch heute scheint es mir sehr wohl möglich, mit den Schleswig-Holsteinern ein Abkommen zu treffen, wie es den gerechten preussischen Forderungen entspricht. Dazu wäre eben nur nöthig, daß man sie zum Wort kommen ließe durch ihre verfassungsmäßige Landesvertretung; und siehe hier die Auseinandersetzung zwischen Preußen und den Herzogthümern auf Schwierigkeiten, dann wäre es immer noch Zeit, die Hilfe des deutschen Parlaments, als die des obersten Richters, in dieser Sache anzurufen. So käme man sicher zum Ziel. Wer dann das also Abgemachte antauchen wollte, gegen den würden wir gern das Schwert ziehen. (Bravo.) Anders denken diejenigen, welche mit dem alten Rundschauer einen frischen, frühlichen Krieg herbeiwünschen, um aus den Bewirungen, in die sie sich selbst verfahren haben, auf eine bequeme Weise wieder herauszukommen. Man erinnert an Italien, das ja auch nicht durch liberale Einigungen, sondern durch gewaltsame Annexion zur staatlichen Einigung gelangt ist; aber man vergißt, welche patriotischen Männer Italien besaß, welchen vorzüglichen Staatsmann, der die innere Freiheit begründete und es verstand, mit den Führern des Volkes Hand in Hand zu gehen. Wie anders liegen die Dinge bei uns! Die Männer, welche zu dem Volke stehen und seine Rechte wahrnehmen, hat man geschmiedet und verfolgt. Und im Innern, statt ein parlamentarisches Regiment zu pflegen, sucht man den Parlamentarismus auszurufen. Ich will hier nur die Frage anknüpfen: Soll vielleicht auch das deutsche Parlament unter den Vertribunalbeschlüssen gestellt werden? (Langanhaltender, stürmischer Beifall.) Es glaube ich denn auch, daß die Schwärmer hier nicht zutreffen wird und daß Graf Bismarck noch lange kein Graf Cavour ist. Es gibt allerdings sehr sonderbare Schwärmer, so sonderbar, daß sie glauben, der edle Graf Bismarck könne durch den Krieg erzogen werden. In dieser Hinsicht will ich ein historisches Beispiel geben. ... Gegen Oesterreich einen erfolgreichen Krieg zu führen, ist nur möglich unter Aufstellung des nationalen Prinzips in seiner ganzen Reinheit. Es müßte dieser Krieg geführt werden befuße Vernichtung der kleindeutschen Souveränitätsgelüste und er müßte mit der Zersplitterung des zusammengefügten Kaiserstaates endigen. Daran ist aber nicht zu denken unter Verhältnissen wie die gegenwärtigen. Wenn jetzt ein Krieg geführt wird, dann kommt unbedingt ein Moment der Erschlaffung, wo Preußen und Oesterreich auf Grund der Kabinettpolitik daran gehen, Klein- und Mitteldeutschland zu schlagen; Preußen würde den Norden, Oesterreich den Süden nehmen, und wenn Bayern im Glanze war, bei dem Krieg eine Rolle zu spielen, so bekommt es vielleicht einen Theil von Süddeutschland. Meine Herren! Wenn man die Schreden des Krieges im Verein mit folgen, wie die eben geschilderten, ins Auge faßt, dann hat das Volk die Pflicht, zu sagen: „Nein, haltet ein auf diesem verberberlichen Wege!“ Wir haben mindestens die Pflicht, von uns weit ab die Verantwortlichkeit zu wälzen, damit sie auf die zurückfalle, die den Krieg verschulden (Lebhafter Beifall), damit das Volk aber frisch bleibe, um den Staat darnach zu retten, ehe es zu spät ist, und die geschichtliche Aufgabe Preußens zur eigenen Ehre und Größe des Vaterlandes vollende. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorkipende v. Hennig fragt hierauf an, ob Jemand gegen die Resolution das Wort verlange. Es meldet sich Niemand.

Schulze-Delitzsch für die Resolution: Im Wiener Kongress von 1815 ist Preußen bei seinen Bemühungen gegen die kleinen deutschen Souveränitätsgelüste überstimmt worden. Die Folge davon war die Wiederherstellung des alten dynastischen Prinzips. Preußens Beruf ist ein dem entgegengelegter, und wird es demselben untreu, so regirt es das Prinzip seines Bestehens. Jetzt aber soll Preußen seiner historischen Mission untreu werden und für das Prinzip der Wiener Konferenzen, für ein Einkengicht das Recht seiner Erstgeburt verkaufen. Meine H., auf dem diplomatischen Gebiet sind wir Oesterreich gegenüber immer im Hintertreffen; denn in diplomatischen Kämpfen sind wir den Oesterreichern nicht gewachsen. Man meine nicht, Oesterreich unterschätzen zu dürfen, weil Oesterreich ohne Geld ist; ein Krieg war für Oesterreich immer der anständigste Weg zu einem Staatsbankrott. Die Parole Oesterreichs war und ist heute der Fürstentag; die Parole Preußens ist heute die Parole der Volkspartei, welche unser Ministerium annimmt, um damit vor die Regierungen, vor den Bundestag zu gehen; der soll, indem er sie annimmt, verduften. Unser Hr. Premier kennt aber den Bundestag gut genug, er weiß, daß, wenn er sich an den Bundestag wendet, ganz gewiß nichts daraus wird. (Lebhafter Beifall.) Das deutsche Volk fragt sich: Ein Minister, welcher das Recht der eigenen Landesvertretung nicht achtet, wird er die Stimme des deutschen Parlaments achten? Ein Minister, der die Volksvertretung der Erbherzogthümer nicht zum Wort kommen lassen will, wie würde er sich einem Parlament gegenüber verhalten, in dem ja die Erbherzogthümer mit vertreten sein müssen? Soll Preußen mit Erfolg in einen Krieg eintreten, so muß Vertrauen zu den Führern vorhanden sein, die ihn in denselben führen. Dieses Vertrauen hat das Volk auf seine jetzige Staatsleitung nicht. Wenn es aber doch dahin kommt, daß ein Kampf ausbräche, so lassen Sie uns dafür sorgen, daß die Versprechungen, an welchen es dann die Regierung uns gegenüber wohl nicht fehlen lassen würde, auch gehalten werden, und daß wir nicht wieder, wie nach den Befreiungskriegen, leer ausgehen. (Lebhafter Beifall.)

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird dieselbe einstimmig angenommen. Die Versammlung trennt sich mit einem dreimaligen Hoch auf das deutsche Vaterland. (Beif. Bl.)

Berlin, 12. Apr. Wie die „Bör.-Ztg.“ hört, hat die Akademie der Wissenschaften nunmehr das von der Regierung geforderte Gutachten über die projektierte Nordpol-Fahrt und die von dieser zu erwartenden wissenschaftlichen Resultate ausgesprochen. Ihr Votum geht einstimmig dahin, daß das Unternehmen für die Wissenschaft vorausichtlich resultatlos bleiben würde und daher nicht empfohlen werden könne. Man hat sowohl die geeigneten Persönlichkeiten vermisst, von deren Forschungen Bedeutendes zu erwarten, als auch die geeigneten Vorbereitungen, welche solche Forschungen voraussetzen, wenn sie Erfolg verheissen wollen, namentlich die nicht in kurzer Zeit zu bewerkende Justifikation der Instrumente zc. Die Akademie ist mit dem von dem Professor und Geh. Regierungsrath Dr. Dove als Referent vorgetragenen Gründen so durchaus einverstanden gewesen, daß sich nicht einmal eine größere Debatte daran geknüpft hat.

Aus Wien, 12. Apr., wird der „Allg. Ztg.“ gemeldet, daß die berühmte dramatische Künstlerin Frau Julie Rettich vom Hofburgtheater gestorben ist.

Karlsruhe, 14. Apr. Das große Hoftheater wird zum Abschluß jener Reihe von dramatischen Gedichten von Lessing, Göthe und Schiller, welche bisher nach der Zeitfolge ihrer Entstehung vorgeführt worden, in Verbindung mit der Aufführung der „Glocke“ das Bruchstück des Trauerspiels „Demetrius“ geben, das in Schiller's Nachlass vorgefunden wurde. Was hier in zwei Akten geboten wird, ist nichts als die Einleitung zu dem tragischen geschichtlichen Vorgang, den der Dichter zu entwickeln sich vorgesetzt hatte. Der junge Kronprinz Demetrius ist noch im vollen guten Glauben an sein Geburtsrecht auf die moskowitzische Krone; er erwirbt den Beifall polnischer Großen, die ihn für ihre Pläne benutzen wollen. Die Zarin Wittwe ist bereit, ihn als ihren Sohn, als den echten Thronfolger anerkennen, man sieht die Wage seines Glückes im Steigen. Hier hat den großen Dichter der Tod von seinem Werk gerissen. Seinem hinterlassenen Plan gemäß erzählt Demetrius nach seiner Krönung, daß er der echte Thronfolger nicht ist, er tödtet den Träger dieses Geheimnisses, und sein Gemüth verberberlicht sich von nun an bis zur Grausamkeit. Seine polnischen Verbündeten bedrücken in ihrem Uebermuth das Volk, das Gerücht von der Unrechtheit des Zaaren verbreitet sich, es bricht ein Aufstand aus, in welchem der falsche Demetrius, von der Zarin Wittwe verläugnet, getödtet wird.

Hamburg, 11. Apr. Das Hamburg-Neu-Yorker Post-Dampfschiff „Germania“, Kapitän Ehlers, am 31. März von Neu-York abgegangen, ist nach einer ausgezeichnet schnellen Reise von 10 Tagen 11 Stunden am 11. d., 11 Uhr Vormittags, in Cowes angekommen und hat, nachdem es daselbst die Verein.-Staaten-Post, sowie die für Southampton und Havre bestimmten Passagiere gelandet, um 1 Uhr Mittags die Reise nach Hamburg fortgesetzt. Dasselbe überbringt 259 Passagiere, 73 Briefsäcke, volle Ladung und 2500 Dollars Contanten.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

13. April	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27 11,57	10,5	S.W.	stark bew.	trüb, kühl
Mittags 2	11,23	+ 15,0	W.	„	Sonnensch., warm
Nachts 9	11,02	11,0	S.W.	rein	seiter, kühl

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Krosenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 15. Apr. 2. Quartal. 44. Abonnementsvorstellung. **Czar und Zimmermann**; komische Oper in 3 Akten, von Lortzing.

Dienstag 17. Apr. 2. Quartal. 45. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male: **Demetrius**; Fragment in 2 Akten, aus Schiller's Nachlass. Hierauf, neu einstudirt: **Die Glocke**; Gedicht von Schiller, mit Musik von Lindpaintner; szenisch und mit lebenden Bildern dargestellt.

Todesanzeige.
Z. 582. Sindolsheim. Am vergangenen Montag, als am 9. d. M., Morgens um 8 Uhr, verschied unser Onkel, der pensionirte Pfarrer und Defan C. F. Bayer, wovon ich seine auswärtigen Freunde und Bekannten in Kenntniß setze. Sindolsheim, den 9. April 1866.
Im Namen der Hinterbliebenen:
F. A. Henninger, Vikar.

Bekanntmachung.
Z. 564. Nr. 2997. Karlsruhe.
Franz Kraft von Ringolsheim hat darum nachgesucht, seinen Familiennamen in „Goltweck“ ändern zu dürfen. Dies wird mit dem Ansuchen bekannt gemacht, daß etwaige Einsprüche gegen die Bewilligung dieses Gesuchs binnen drei Monaten nebst Begründung dahier einzureichen sind. Karlsruhe, den 10. April 1866.
Justiz-Ministerium.
S. Tabel. Müller.

Bekanntmachung.
Z. 522. Karlsruhe.
Mit dem 15. d. M. tritt für die Beförderung von Steinbohlen und Coaks im inneren Verkehr der großbadischen Eisenbahnen ein Tarif mit ermäßigten Frachtsätzen von den Stationen Mannheim, Heidelberg, Marau, Kehl und Leopoldsdorfer nach den übrigen Stationen in Wirksamkeit und verliert hiermit die bisherigen Sätze der Wagenabgabe Klasse C, bei Beförderung von Steinbohlen und Coaks von den bezeichneten Stationen, sowie alle für solche Transporte nach einzelnen Bestimmungsorten gewährten Rückvergütungen und Ermäßigungen ihre Gültigkeit.
Einzelne Exemplare dieses Tarifs werden bei sämtlichen diesseitigen Güterstationen unentgeltlich abgegeben.
Karlsruhe, den 11. April 1866.
Direktion der großbadischen Eisenbahnen.
S. im m. r. Lorenz.

Ingenieur-Gesuch.
Z. 514. Stuttgart.
Für eine Maschinenfabrik in Süddeutschland wird ein tüchtiger Ingenieur gesucht; einem solchen, der in der Papiermaschinenbranche Erfahrung besitzt, würde der Vorzug gegeben. Guter Gehalt und angenehme Stellung werden zugesichert. Schriftliche Offerte unter Beifügung von Zeugnissen beifolgt.
G. Weiswenger, Königsstraße 49.

Commisgesuch.
Z. 570. Kaffat.
In ein Spezerei- und Kurzwaren-Geschäft wird ein angebernder solider Commis gesucht.
Offerten beliebe man unter K K 12 poste restante Kaffat einzuliefern.

Oberkellner-Gesuch.
Z. 568. Karlsruhe.
In einen hiesigen Gasthof wird auf Mitte Mai ein solider und befähigter Oberkellner gesucht.
Wo? sagt die Expedition dieser Zeitung.

Stellegesuch.
Z. 581. Karlsruhe.
Als Hausmeister wünscht ein sehr solider, bestens empfohlener, in Oekonomie und Fortschritt geprüfter Mann eine dauerhafte Anstellung bei einer Herrschaft zu erlangen. Nähere Auskunft ertheilt das Kommissionsbureau von J. Scharpf in Karlsruhe.

Gesuch.
Z. 576.
Ein gewandter Küfer, der dazu die Kellerei erlernen will, sucht eine Stelle in einem größeren Gasthause. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Cessions-Gesuch.
Z. 447. Eine erste Hypothek von 5700 fl. zu 5 % verzinstlich, auf ein hiesiges Haus und Liegenschaft von doppeltem Werth, wird zu cediren gesucht. Büttliche Zinsen durch Mietvertrag gesichert. Offerten befördert die Expedition dieses Blattes unter L. L.

Mannheimer Mai-Pferdemarkt 1866.
Der diesjährige Mai-Pferdemarkt wird Montag den 30. April und Dienstag den 1. Mai dahier abgehalten.
Am ersten Tage, Nachmittags, findet eine Prämierung vorzüglicher, zum Verkauf auf den Markt gebrachter Pferde statt, und werden für 16 Prämien, die sich auf 24 Pferde verteilen, ca. 1600 fl. ausgesetzt.
Am zweiten Tage, Abends, findet eine große Verlosung auf dem Markte angekaufter Pferde, ferner von Wagen, Reit- und Fahr-Requisiten etc. unter amtlicher Kontrolle statt, wofür der ganze Ertrag der ausgesetzten Loose, abzüglich der auf die Verlosung Bezug habenden Kosten, bestimmt ist.
Als erster Preis ist ein eleganter Landauer mit zwei Wagenpferden und vollständigem Geschirr, Werth ca. 3000 fl., als zweiter Preis ein elegantes Coupé mit einem Wagenpferde und vollständigem Geschirr, Werth ca. 2000 fl., als dritter Preis ein elegantes Reitpferd mit vollständigem Geschirr, Werth von 900 fl., 20 Preise in je einem Wagen- oder Arbeitspferde im durchschnittlichen Werthe von 440 fl. bestimmt. Diese Hauptpreise haben einen Werth von ca. 19,700 fl. Die weiteren Preise sind 47 Gewinne, bestehend in Prämien, eine und zweispännigen Fahr- und Bauerngeschirren, Reitfärseln, Stangenzengern, Wellen etc., im Werthe von ca. 2090 fl., dann in 1000 kleineren Preisen, im Werthe von ca. 6210 fl. Der Gesamtwerth sämtlicher 1075 Gewinne ist ca. 28,000 fl.
Der Preis eines Loose ist 1 fl. Uebernehmer einer größeren Zahl von Loosen wollen sich an den Kassier des Komitees, Herrn Wilhelm Darmstädter, wenden, welcher auf portofreie Anfragen die näheren Bedingungen mittheilt; bemerkt wird hierzu, daß die Loose nur gegen Baar und in Posten von 110 Loosen gegen 100 fl. abgegeben werden.
Zum Zwecke guter und billiger Unterbringung der auf den Markt gebrachten Pferde werden seitens der Stadtgemeinde in der Nähe dem Heidelbergerthore gelegenen neuen Fetzviehhalle, sowie im Bauhofs Stallungen hergerichtet; ferner sind eine ziemlich große Zahl guter Stallungen in der Stadt von dem Komitee fest an Hand genommen worden, welche sämtlich zum billigen Preise von 1 fl. 30 fr. pro Pferd für die ganze Dauer des Marktes abgegeben werden.
Die Lieferung der nöthigen Fourage wird an solide Unternehmer zu selbstgekauften Preisen vergeben. Anmeldungen der Herren Pferdehändler wegen Stallungen etc. können jetzt schon bei dem mitunterzeichneten Komitee gemacht werden, welches auch jede sonst gewünschte Auskunft über den Markt zu geben bereit ist. Die verehrlichen Käufer und Verkäufer werden zum Besuche des Marktes freundlich eingeladen.
Mit dem Pferdemarkt ist, wie jedesmal, ein Rindviehmarkt verbunden, welcher auf dem Fetzviehmarkt-Platz abgehalten wird.
Mannheim, im Februar 1866.
Der Gemeinderath.
C. Kehler. S. Meyer.
Landwirthschaftlicher Bezirks-Verein.
Pferdemarkt-Komitee.
S. Schrader, Vorsitzender. Sauter, Schriftführer. Z. 583.

Kellnergesuch.
Z. 537. In einen Gasthof zweiten Ranges wird ein gewandter Kellner gesucht. Eintritt sogleich. Zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes.

Zeitungsbekanntmachung.
Unter so eben in der Auflage erschienenem **Zeitungsbekanntmachung**, welches wir hiermit unseren Geschäftskunden und allen Respektirenden zur Disposition stellen, enthält auf 72 gr. 8^o. Seiten die Zeitungspreise aller Länder:
die Titel von mehr als 6000 politischen, wissenschaftlichen, belletristischen und technischen Journalen, sowie Kalendern und Conrdbüchern, welche Annoncen veröffentlicht, unter Angabe des Erscheinens, der Insertionspreise und der Auflagen, soweit dieselben zu ermitteln waren. Das Verzeichniß, wenn auch zunächst nur für unsere Geschäftszwecke bestimmt, darf ein allgemeineres Interesse von Seiten Aller, welche sich für die Entwicklung der Zeitungs-Literatur interessieren, in Anspruch nehmen; es übertrifft an Vollständigkeit und Uebersichtlichkeit Alles, was bisher in dieser Richtung zusammengefaßt wurde.
Indem wir bei dieser Gelegenheit unsere Dienste empfehlen, erinnern wir daran, daß unser Geschäftsbetrieb durch das gemeinsame Wirken unserer Comptoirs an sechs Hauptstationen alle Garantien der Sicherheit zu bieten geeignet ist, und daß wir das bisher genossene althergebrachte Vertrauen auch ferner durch unsere Bedienungsweise zu rechtfertigen bestrebt sein werden.

Gaasenstein & Vogler,
Zeitungs-Annoncen-Expedition,
in Frankfurt a. M., Hamburg, Berlin, Wien, Basel, Paris.

Herrn Hurlbaus! Chirurg in Heidelberg.
Der mir von Ihnen überlieferte Muttergürtel des Herrn Professors Lavedan aus Paris erfüllt seinen Zweck vollständig. Während ich gegen meinen Muttergürtel seit 10 Jahren Alles vergebens anwandte, verschäme ich nun gar nichts mehr und kann allen meinen Beschäftigungen ungehindert nachgehen.
Ich ermächtige Sie, meinen Namen jeder Frau zu nennen, die an demselben Leibel.

Nothgerberei-Verkauf.
Z. 441. Eine rentable und gut eingerichtete, mit hinlänglicher Wasserkraft versehene Nothgerberei- und Oekonomie-Einrichtung ist wegen Geschäftsveränderung unter annehmbaren Bedingungen billig zu verkaufen.
Dieses Geschäft wird durch mechanische Einrichtung betrieben, und können hinsichtlich der vortheilhaftesten Einrichtung und guten Wasserkraft noch andere Maschinen angebracht werden, und liegt in einer der besten Lagen im Secreie Badens, wo der Leberverkauf ein detail sehr gut und bezüglich der Einrichtung weniger Konkurrenz zu befürchten ist. Auch eignet sich dieses Geschäft zu einer Färberei.
Nähere Auskunft ertheilt hierüber die Expedition dieses Blattes.

Stählungen. (Holzverfeinerung.)
Aus den groß. Domänenwäldungen des Forstbezirks Stählungen werden am Dienstag den 24. April 1. J. auf dem Kränzlinger Bergbau, an der Landstraße zwischen Thingen und Wehlingen gelegen, Vormittags präzis 9 Uhr beginnend, folgende Holz- unter einjähriger Vorkaufsfrist öffentlich versteigert.
Dihriti Eichhölz: 522 Stämme, 515 Klöße; 55 Klasten Scheitholz, 22 Klasten Brühlholz und 1775 Stück Wellen, sämtlich Tannenholz.
Dihriti Tannenholz: 68 Klasten gemischtes Brühlholz und 2850 Stück gemischte Wellen; Durchforstungsholz.
Dihriti Berauerholde: 469 tannene, 2 forlene, 57 buchene Klöße und 2 tannene Stämme, 32 1/2 Klasten tannenes, 10 Klasten buchenes, 2 Klasten gemischtes Scheitholz, 1/2 Klasten tannenes, 12 Klasten gemischtes Brühlholz und 1175 gemischte Wellen.
Stählungen, den 6. April 1866.
Großh. bad. Bezirksforstf. Lautemann.

Yferdverfeigerung.
Z. 567. Offenburg.
Samstag den 21. dieses Monats, Vormittags 10 Uhr, wird vor dem hiesigen Rathhause ein Militärpferd (Wallach von 12 Jahren) gegen Barzahlung öffentlich versteigert; wozu Kaufliebhaber eingeladen werden.
Offenburg, am 11. April 1866.
Großh. Oberreithmeri. Walter.

Main-Neckar-Bahn.
Monturlieferung.
Die Lieferung von folgenden Monturstoffen, nämlich:
a) für Bahnwärter:
35 Tuchhosen, naturhellgrau,
35 Hemden,
35 Unterhosen,
35 Kniebinden,
b) für das Fahrpersonal:
20 blaue Tuchhosen,
17 graue Tuchhosen,
37 Paare graue Tuchhosen,
25 große Tuchpaletots,
12 kleine ditto,
wird hiermit zur Soumission ausgeschrieben und Tagsfahrt zur Eröffnung der schriftlichen Angebote auf Montag den 23. April, Morgens 10 Uhr, anberaumt.
Die Bedingungen und Muster liegen bei dieser- tigen Materialverwaltung auf, und können die Gebote auf die Zufuhrlieferung oder auf die Schneiderarbeit

Zur Wiedererlangung
Z. 405.
der in schweren Krankheiten eingebüßten Kräfte wird nach vielfachen ärztlichen Verordnungen das Hoff'sche Wurz-Extract-Gesundheitsbitter mit großem Erfolge angewandt. So oft wir diesen Umstand auch schon hervor- gehoben haben, so können wir doch nicht umhin, denselben in Verbindung mit folgendem, von des Hoff'schen- ranten Herrn
Johann Hoff's Filiale, Hochstraße Nr. 12 in Köln, der Deffentlichkeit übergebenen Schreiben unsern Lesern nochmals zur Verberzigung zu empfehlen.
Z. 405.
Im August vor. J. erkrankte ich an der Brustentzündung sehr bedenklich und mußte neun volle Wochen im Bette zubringen. Kaum genesen, bekam ich in Folge zu großer Anstrengung den Lungen-Blut- sturz und wurde dadurch so entkräftet, daß mir der Arzt Ihr kräftigendes Wurz-Extract-Gesundheitsbitter ver- ordnete, welches vor vier bis fünf Jahren auf meinen Mann wunderbarlich gewirkt hat.
Frau Emilie R. u. d. L., Fortanfeherin, Fortbau vor dem schlesischen Thore.
Niederlage in Karlsruhe bei Michael Hirsch, Kreuzstraße Nr. 3.

Für Hotels, Caffés und Restaurants
empfehlen wir:
Patentirte Pariser Caffemaschinen von 25 bis 200 Tassen,
Patentirte Weinkühllapparate, mit welchen in 4 Minuten Champagner frappirt werden kann,
Englische Waschtischgarnituren in sehr großer Auswahl,
Porzellan- und Glas-Service aller Art,
Orlevreerie Christofle
zu Fabrikpreisen.
F. Mayer & Cie.,
großh. Hoflieferanten in Karlsruhe.
Z. 317.

Große silberne Ehren-Medaille und Ehren-Diplom der Ausstellung in Venz vom 12. September 1865.

Heilung der Muttervorfälle
durch den
hypogastro-voltaischen Gürtel ohne Feder,
der Alles übertrifft, was in dieser Beziehung existirt, approbirt von den berühmtesten französischen und deutschen Ärzten, in Frankreich und im Auslande patentirt, erfinden durch
Louis Lavedan,
Professor der Chemie und Orthopädie in Paris, Mitglied der National-Akademie.

Alle bis jetzt gemachten Erfahrungen und Versuche der Orthopäden für die Zurückhaltung und Heilung der Muttervorfälle waren ohne Erfolg. Die bis jetzt angewandten Bandagen und Gürtel mit Völser, Federn, Schrauben und Schließel waren nicht nur unangenehm, den Muttervorfälle zurückzubalten, sondern verursachten oft Verletzungen, Entzündungen und große Schmerzen. Der hypogastro-voltaische Gürtel ohne Feder von Herrn Professor Lavedan hat seine dieser Nachtheile. Er ist einfach, bequem, leicht, solid, elastisch, ganz praktisch, ist für jede Taille eingerichtet, kann über das Hemd getragen werden, kann in keinem Falle den geringsten Schmerz verursachen, hält auf vortheilhafteste Weise selbst den stärksten Muttervorfälle zurück und trägt durch seine galvanische Kraft zur Erleichterung und zur Heilung desselben bei. Die medicinische Presse in Paris, sowie die vorzüglichsten Ärzte und Chirurgen von Frankreich und Deutschland haben sich anerkennend über diesen ausgezeichneten und wohlthätigen Gürtel ausgesprochen, welcher mit dem größten Erfolge in Frank- reich, England, Italien, Spanien, Holland und Belgien angewandt wird. Die mit diesem Gebrechen befallenen Damen können sich ohne Zurückhaltung und ohne sich zu geniren über die Anwendung dieser wunderbaren Er- findung Rath erholen, und sich von der Nützlichkeit und Bequemlichkeit des Tragens derselben überzeugen. Aelteren Damen, welche die Elektrizität nicht anwenden wollen, können sich des hypogastroischen Gürtels für die vollkommene Zurückhaltung der Muttervorfälle bedienen.
Von den vielen, über bewirkte Heilungen eingelangten Zeugnissen können aus Mangel an Raum nur die folgenden veröffentlicht werden:
Ich litt seit längerer Zeit mit großen Schmerzen beständig an einem nicht unbedeutenden Muttervorfalle, und alle bis jetzt angewandten Mittel blieben erfolglos. Mein Leiden war derart, daß ich beinahe nicht mehr im Stande war, meinen häuslichen Geschäften nachzukommen, allein seitdem ich von Herrn Professor Lave- dan aus Paris ein mir vorerorbneten hypogastro-voltaischen Gürtel trage, bin ich gänzlich meiner Schmerzen befreit, und ist der Vorfalle ganz zurückgetreten, so daß ich wieder mit Leichtigkeit gehen kann.
Dieses Zeugniß fühle ich mich verpflichtet dem Obgenannten freiwillig anzu- stellen, namentlich da ich durch dieses Mittel meiner vollständigen Gesundheit entgegen sehe.
München, den 16. Juni 1865.
Unterschiedet gibt heute dem Herrn Professor Lavedan aus Paris mit großem Dank dieses Zeugniß, daß ich durch seine Kunst von einem so großen schweren Leiden befreit wurde, welches mir so unangenehm die Schmer- zen und sogar Lebensgefahr brachte. Ich trage nun seit vier Wochen den so äußerst praktischen Muttergürtel gegen den Muttervorfalle, durch welchen ich bereits befreit worden bin von dem großen Uebel, daher ich mit großer Freude dieses Zeugniß dem edlen Wohlthäter ausstelle, und meinem Gott danke, den genannten Herrn Professor gefunden zu haben. München, den 13. Juni 1865.
Monika Müller, Vergolders-Gattin.

Diese Zeugnisse sind alle gerichtlich beglaubigt und bekräftigt.
Vor Nachahmungen bittet man sich zu hüten und streng darauf zu sehen, ob jeder Gürtel mit dem Namen des Erfinders bezeichnet ist.
General-Depot für Deutschland bei Herrn
Hurlbaus, Chirurg in Heidelberg, Hauptstraße 32.
Verhandt gegen Nachnahme. (Frankatur erbeten.)
Herr Hurlbaus, Besitzer des General-Depotes für Deutschland, erklärt hiermit, daß nur er allein das Recht hat, in Deutschland den Gürtel des Professor Lavedan zu verkaufen, und daß alle diejenigen, welche außerdem verkauft werden, falsch und unecht sind.

Yferdverfeigerung.
Z. 561. Nr. 3729. Pörrach. (Ehomen- liquidation.)
Johann G. H. in von Haltungen, welcher voriges Jahr unerlaubt nach Amerika sich ent- fernt hat und sich zur Zeit in Schuyl, Michigan County, Staat Ohio, aufhält, hat um nachträgliche Erthei- lung der Auswanderungserlaubnis gebeten. Es wird deshalb Tagsfahrt zur Schuldenliquidation anberaumt auf
Donnerstag den 19. d. M., früh 9 Uhr,
und hiezu etwaige Forderungsberechtigte zur Stellens- mung ihrer Ansprüche anber vorgeladen.
Pörrach, den 4. April 1866.
Großh. bad. Bezirksamt.
v. Weiler.

Yferdverfeigerung.
Z. 561. Nr. 3729. Pörrach. (Ehomen- liquidation.)
Johann G. H. in von Haltungen, welcher voriges Jahr unerlaubt nach Amerika sich ent- fernt hat und sich zur Zeit in Schuyl, Michigan County, Staat Ohio, aufhält, hat um nachträgliche Erthei- lung der Auswanderungserlaubnis gebeten. Es wird deshalb Tagsfahrt zur Schuldenliquidation anberaumt auf
Donnerstag den 19. d. M., früh 9 Uhr,
und hiezu etwaige Forderungsberechtigte zur Stellens- mung ihrer Ansprüche anber vorgeladen.
Pörrach, den 4. April 1866.
Großh. bad. Bezirksamt.
v. Weiler.

Zur Wiedererlangung
Z. 405.
der in schweren Krankheiten eingebüßten Kräfte wird nach vielfachen ärztlichen Verordnungen das Hoff'sche Wurz-Extract-Gesundheitsbitter mit großem Erfolge angewandt. So oft wir diesen Umstand auch schon hervor- gehoben haben, so können wir doch nicht umhin, denselben in Verbindung mit folgendem, von des Hoff'schen- ranten Herrn
Johann Hoff's Filiale, Hochstraße Nr. 12 in Köln, der Deffentlichkeit übergebenen Schreiben unsern Lesern nochmals zur Verberzigung zu empfehlen.
Z. 405.
Im August vor. J. erkrankte ich an der Brustentzündung sehr bedenklich und mußte neun volle Wochen im Bette zubringen. Kaum genesen, bekam ich in Folge zu großer Anstrengung den Lungen-Blut- sturz und wurde dadurch so entkräftet, daß mir der Arzt Ihr kräftigendes Wurz-Extract-Gesundheitsbitter ver- ordnete, welches vor vier bis fünf Jahren auf meinen Mann wunderbarlich gewirkt hat.
Frau Emilie R. u. d. L., Fortanfeherin, Fortbau vor dem schlesischen Thore.
Niederlage in Karlsruhe bei Michael Hirsch, Kreuzstraße Nr. 3.

Für Hotels, Caffés und Restaurants
empfehlen wir:
Patentirte Pariser Caffemaschinen von 25 bis 200 Tassen,
Patentirte Weinkühllapparate, mit welchen in 4 Minuten Champagner frappirt werden kann,
Englische Waschtischgarnituren in sehr großer Auswahl,
Porzellan- und Glas-Service aller Art,
Orlevreerie Christofle
zu Fabrikpreisen.
F. Mayer & Cie.,
großh. Hoflieferanten in Karlsruhe.
Z. 317.

Große silberne Ehren-Medaille und Ehren-Diplom der Ausstellung in Venz vom 12. September 1865.

Heilung der Muttervorfälle
durch den
hypogastro-voltaischen Gürtel ohne Feder,
der Alles übertrifft, was in dieser Beziehung existirt, approbirt von den berühmtesten französischen und deutschen Ärzten, in Frankreich und im Auslande patentirt, erfinden durch
Louis Lavedan,
Professor der Chemie und Orthopädie in Paris, Mitglied der National-Akademie.

Alle bis jetzt gemachten Erfahrungen und Versuche der Orthopäden für die Zurückhaltung und Heilung der Muttervorfälle waren ohne Erfolg. Die bis jetzt angewandten Bandagen und Gürtel mit Völser, Federn, Schrauben und Schließel waren nicht nur unangenehm, den Muttervorfälle zurückzubalten, sondern verursachten oft Verletzungen, Entzündungen und große Schmerzen. Der hypogastro-voltaische Gürtel ohne Feder von Herrn Professor Lavedan hat seine dieser Nachtheile. Er ist einfach, bequem, leicht, solid, elastisch, ganz praktisch, ist für jede Taille eingerichtet, kann über das Hemd getragen werden, kann in keinem Falle den geringsten Schmerz verursachen, hält auf vortheilhafteste Weise selbst den stärksten Muttervorfälle zurück und trägt durch seine galvanische Kraft zur Erleichterung und zur Heilung desselben bei. Die medicinische Presse in Paris, sowie die vorzüglichsten Ärzte und Chirurgen von Frankreich und Deutschland haben sich anerkennend über diesen ausgezeichneten und wohlthätigen Gürtel ausgesprochen, welcher mit dem größten Erfolge in Frank- reich, England, Italien, Spanien, Holland und Belgien angewandt wird. Die mit diesem Gebrechen befallenen Damen können sich ohne Zurückhaltung und ohne sich zu geniren über die Anwendung dieser wunderbaren Er- findung Rath erholen, und sich von der Nützlichkeit und Bequemlichkeit des Tragens derselben überzeugen. Aelteren Damen, welche die Elektrizität nicht anwenden wollen, können sich des hypogastroischen Gürtels für die vollkommene Zurückhaltung der Muttervorfälle bedienen.
Von den vielen, über bewirkte Heilungen eingelangten Zeugnissen können aus Mangel an Raum nur die folgenden veröffentlicht werden:
Ich litt seit längerer Zeit mit großen Schmerzen beständig an einem nicht unbedeutenden Muttervorfalle, und alle bis jetzt angewandten Mittel blieben erfolglos. Mein Leiden war derart, daß ich beinahe nicht mehr im Stande war, meinen häuslichen Geschäften nachzukommen, allein seitdem ich von Herrn Professor Lave- dan aus Paris ein mir vorerorbneten hypogastro-voltaischen Gürtel trage, bin ich gänzlich meiner Schmerzen befreit, und ist der Vorfalle ganz zurückgetreten, so daß ich wieder mit Leichtigkeit gehen kann.
Dieses Zeugniß fühle ich mich verpflichtet dem Obgenannten freiwillig anzu- stellen, namentlich da ich durch dieses Mittel meiner vollständigen Gesundheit entgegen sehe.
München, den 16. Juni 1865.
Unterschiedet gibt heute dem Herrn Professor Lavedan aus Paris mit großem Dank dieses Zeugniß, daß ich durch seine Kunst von einem so großen schweren Leiden befreit wurde, welches mir so unangenehm die Schmer- zen und sogar Lebensgefahr brachte. Ich trage nun seit vier Wochen den so äußerst praktischen Muttergürtel gegen den Muttervorfalle, durch welchen ich bereits befreit worden bin von dem großen Uebel, daher ich mit großer Freude dieses Zeugniß dem edlen Wohlthäter ausstelle, und meinem Gott danke, den genannten Herrn Professor gefunden zu haben. München, den 13. Juni 1865.
Monika Müller, Vergolders-Gattin.

Diese Zeugnisse sind alle gerichtlich beglaubigt und bekräftigt.
Vor Nachahmungen bittet man sich zu hüten und streng darauf zu sehen, ob jeder Gürtel mit dem Namen des Erfinders bezeichnet ist.
General-Depot für Deutschland bei Herrn
Hurlbaus, Chirurg in Heidelberg, Hauptstraße 32.
Verhandt gegen Nachnahme. (Frankatur erbeten.)
Herr Hurlbaus, Besitzer des General-Depotes für Deutschland, erklärt hiermit, daß nur er allein das Recht hat, in Deutschland den Gürtel des Professor Lavedan zu verkaufen, und daß alle diejenigen, welche außerdem verkauft werden, falsch und unecht sind.

Yferdverfeigerung.
Z. 561. Nr. 3729. Pörrach. (Ehomen- liquidation.)
Johann G. H. in von Haltungen, welcher voriges Jahr unerlaubt nach Amerika sich ent- fernt hat und sich zur Zeit in Schuyl, Michigan County, Staat Ohio, aufhält, hat um nachträgliche Erthei- lung der Auswanderungserlaubnis gebeten. Es wird deshalb Tagsfahrt zur Schuldenliquidation anberaumt auf
Donnerstag den 19. d. M., früh 9 Uhr,
und hiezu etwaige Forderungsberechtigte zur Stellens- mung ihrer Ansprüche anber vorgeladen.
Pörrach, den 4. April 1866.
Großh. bad. Bezirksamt.
v. Weiler.

Yferdverfeigerung.
Z. 561. Nr. 3729. Pörrach. (Ehomen- liquidation.)
Johann G. H. in von Haltungen, welcher voriges Jahr unerlaubt nach Amerika sich ent- fernt hat und sich zur Zeit in Schuyl, Michigan County, Staat Ohio, aufhält, hat um nachträgliche Erthei- lung der Auswanderungserlaubnis gebeten. Es wird deshalb Tagsfahrt zur Schuldenliquidation anberaumt auf
Donnerstag den 19. d. M., früh 9 Uhr,
und hiezu etwaige Forderungsberechtigte zur Stellens- mung ihrer Ansprüche anber vorgeladen.
Pörrach, den 4. April 1866.
Großh. bad. Bezirksamt.
v. Weiler.